

WBG

Corine Defrance/Ulrich Pfeil

# Deutsch-Französische Geschichte

1945 bis 1963



WBG  
Deutsch-Französische  
Geschichte

Herausgegeben im Auftrag  
des Deutschen Historischen Instituts Paris  
von  
Gudrun Gersmann  
und  
Michael Werner

Corine Defrance/Ulrich Pfeil

Eine Nachkriegsgeschichte  
in Europa  
1945 bis 1963

Aus dem Französischen übersetzt  
von  
Jochen Grube



Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Die Übersetzung des Bandes wurde  
von der Robert Bosch Stiftung gefördert.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
*<http://dnb.d-nb.de>* abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.  
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in  
und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2011 by WBG (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt  
Die Herausgabe des Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder  
der WBG ermöglicht.

Satz: Janß GmbH, Pfungstadt

Redaktion: Christina Kruschwitz, Berlin

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

**Besuchen Sie uns im Internet: [www.wbg-wissenverbindet.de](http://www.wbg-wissenverbindet.de)**

ISBN 978-3-534-14708-3

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:

eBook (PDF): 978-3-534-72043-9

eBook (epub): 978-3-534-72044-6

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
Der Ost-West-Konflikt als Katalysator der deutsch-französischen Annäherung	10
Die europäische Integration als Subsystem des Globalkonflikts	11
Deutschland und Frankreich im Kalten Krieg	13
Eine Beziehungsgeschichte in der Nachkriegszeit	14

## I. Überblick

1. Wege aus dem Krieg: Franzosen und Deutsche im Jahre 1945	21
Bilanz des Zweiten Weltkriegs	21
Soziale Not	25
Entwurzelung	27
Säuberungen	30
Vom memoriellen Umgang mit der Vergangenheit	35
2. Que faire de l'Allemagne (1945–1949)?	43
Die französische Deutschlandpolitik	43
Die französische Besatzungspolitik in Deutschland	54
3. Europäische Integration durch deutsch-französische Annäherung (1949–1954)	62
Frankreich und die Gründung der beiden deutschen Staaten	62
Frankreich und die europäische Integration: Sicherheit durch Integration	65
Die Bundesrepublik und die europäische Integration: Souveränitäts- gewinn durch Souveränitätsverzicht	67
Der Schuman-Plan	70
Der Pleven-Plan und die Europäische Verteidigungs- gemeinschaft	75
4. Normalisierung und Annäherung (1955–1958)	83
Die Lösung bilateraler Probleme	83
Kräfteverhältnisse im Wandel	90
Die <i>Relance européenne</i> und die deutsch-französischen Beziehungen	93
5. Der politische Weg zum Élysée-Vertrag (1958–1963)	98
Neues Vertrauen auf tönernen Füßen	99

- Rambouillet: die deutsch-französische Kooperation im multi-  
lateralen Rahmen 102
- Vom Scheitern der Fouchet-Pläne zum Élysée-Vertrag: auf dem  
Weg zu einer privilegierten bilateralen Kooperation 109
6. Bilanz der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Jahre 1963 115
- Die militärische Kooperation: eine permanente Herausforderung 116
- Erziehung, Jugend und Wissenschaft: ein Engagement für die  
Zukunft 123
- Keine Priorität mehr für den traditionellen Kulturaustausch 128
- Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen: eine  
privilegierte Partnerschaft 134

## II. Fragen und Perspektiven

1. „Die düstere Franzosenzeit“? Historiographische Debatten zur  
französischen Besatzungspolitik in Deutschland 145
- Zeitzeugen und Archive im Konflikt um historische Deutungsmacht 145
- Dominanz, Integration oder doppelte Deutschlandpolitik? 150
- Die Kontroversen über die „Pfeiler“ der französischen Besatzungspolitik 154
2. Zivilgesellschaft und sozio-kulturelle Beziehungen 160
- Die Zivilgesellschaft als Forschungsfeld der deutsch-französischen  
Beziehungen 161
- Bilanz und Perspektiven 165
3. Frankreich, die Bundesrepublik und die DDR: eine asymmetrische  
Dreiecksbeziehung 178
- Der Platz der DDR in den deutsch-französischen Beziehungen 178
- Das inoffizielle Dreiecksverhältnis – eine politische Perspektive 181
- Das inoffizielle Dreiecksverhältnis – eine bilderreiche  
Perspektive 184
4. Perzeption und politisches Handeln 192
- Der Mythos vom „Erbfeind“ 194
- Das Deutschlandbild im kommunistischen Milieu Frankreichs 198
- Zwischen „Rapallo-Komplex“ und Versöhnungsabsichten 199
- Die visuelle Inszenierung der deutsch-französischen  
Freundschaft 203
- L'Allemagne, les deux Allemagnes* oder *les Allemagnes* 205
5. Geschichte als Vektor der Annäherung 209
- Eine deutsch-französische Beziehungsgeschichte 209
- Die Last der Vergangenheit 210
- Der „Geist von Speyer“ 216

Die deutsch-französischen Schulbuchgespräche	218
Das Mainzer Institut für Europäische Geschichte	220
Das Deutsche Historische Institut Paris	222
6. Gesellschaftlicher Wandel und Modernisierung in Deutschland und Frankreich	226
Radioskopie der wichtigsten Veränderungen	228
Amerikanisierung, Europäisierung, Westernisierung oder Globalisierung?	236
Schlussbetrachtung	246

### III. Bibliographie

1. Dokumentationen, Editionen, Quellensammlungen	251
2. Briefwechsel, Memoiren, Reden, Tagebücher	252
3. Biographische Studien	253
4. Historiographische Fragen und methodische Ansätze	255
5. Internationale Beziehungen	258
6. Allgemeine Darstellungen	265
7. Politische Beziehungen	271
8. Sozio-kulturelle Beziehungen	280
9. Wirtschaftliche und technologische Beziehungen	290
10. Strategische und militärische Beziehungen	293
11. Perzeption und Rezeption	295
12. Historikerbeziehungen	298
13. Erinnerung und Geschichtspolitik	302
14. Gesellschaftsvergleich	305

Zeittafel	313
Karten	320, 321
Namensregister	322

# Einleitung

Als Folge des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Besatzung Frankreichs hatte der Hass der Franzosen auf den deutschen Nachbarn im Jahre 1945 einen neuerlichen Höhepunkt erreicht. Das in der Vergangenheit immer wieder bemühte Bild vom „Erbfeind“ schien seine Bestätigung gefunden zu haben, der Antagonismus unüberbrückbar. Doch während militärische Auseinandersetzungen auf anderen Gebieten der Weltkugel auch nach dem Zweiten Weltkrieg zur Tagesordnung gehörten, gelang es Deutschen und Franzosen nach Kriegsende, ihre Beziehungen in einen Prozess der Verständigung, Annäherung, Aussöhnung, Kooperation und Partnerschaft zu überführen, der zugleich auf ganz (West-)Europa friedensstiftend wirkte. So kann es nicht überraschen, dass die Geschichtsschreibung zu den deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 vor allem nach den Ursachen für diesen Wandel und den Wegen fragte, die Deutsche und Franzosen beschritten<sup>1</sup>, um aus der kriegerischen Spirale herauszufinden und einen neuen normativen bzw. moralischen Rahmen für die bilateralen Beziehungen zu schaffen<sup>2</sup>. Musste es für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber der übrigen Welt darum gehen, selbst verspieltes Vertrauen zurückzugewinnen<sup>3</sup>, so galt es zwischen Deutschland und Frankreich ein Vertrauenspotenzial aufzubauen, das in den vorangegangenen Jahrzehnten nie existiert hatte<sup>4</sup>. Einen grundlegenden „aktiven politischen Prozess der Konflikttransformation“<sup>5</sup> mussten die verständigungsorientierten Frauen und Männer auf beiden Seiten des Rheins folglich leisten, um über den Weg der Handlung, Sprache, Kommunikation und Gestik neue deeskalierende und friedensstiftende Elemente im bilateralen Verhältnis zu verankern. Erinnert werden soll hier nur an die persönliche Einladung von de Gaulle an Adenauer, der als einziger ausländischer Staatsgast im September 1958 das Privileg besaß, im Rahmen seines Staatsbesuches auch im Privathaus

- 1 Danken möchten wir an dieser Stelle für die kritische Lektüre: Prof. Dr. Jacques Bariéty (Paris), Prof. Dr. Hans Manfred Bock (Kassel), Dr. Florence Gauzy (München), Prof. Dr. Rainer Hudemann (Saarbrücken), Bernard Ludwig (Paris), Prof. Dr. Werner Paravicini (Kiel), Prof. Dr. Andreas Wilkens (Metz).
- 2 Vgl. POIDEVIN, BARIÉTY 1977 [487]; LAPPENKÜPER 2001 [468]; vgl. auch die anders akzentuierte Studie von ZIEBURA 1997 [503]. Vgl. zur Bedeutung von Gilbert Ziebura für die deutsch-französische Geschichtsschreibung: BOCK, KIMMEL, UTERWEDDE 2003 [70]; KIMMEL 2005 [77].
- 3 Vgl. ZIELINSKI 1995 [183].
- 4 Vgl. FREVERT 2000 [127]; BLUHM 2003 [725].
- 5 HAUSWEDELL 2006 [129], S. 12.



des Generals in Colombey-les-deux-Églises zu nächtigen, wo dieser ihm die „Vertrauensfrage“<sup>6</sup> stellte.

### **Der Ost-West-Konflikt als Katalysator der deutsch-französischen Annäherung**

Antworten auf die Frage nach den Faktoren für die Wandlungen zwischen Deutschland und Frankreich sind nicht alleine aus der Analyse des bilateralen Verhältnisses zu erwarten. Die deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 waren Teil eines mehrdimensionalen Koordinatensystems, dessen Ausrichtung maßgeblich vom Ost-West-Konflikt und der ohne ihn nur schwerlich vorstellbaren europäischen Integration bestimmt war. Da sich beide in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander befanden und bisweilen aufeinander angewiesen waren, verliefen entscheidende Schritte der europäischen Integration nicht zufällig parallel zu den heißen Phasen des Kalten Krieges.

Während die Traditionen des autonomen Nationalstaats in der Zwischenkriegszeit noch ungebrochen und die Mächte noch zu überzeugt von ihrem Großmachtstatus gewesen waren, um beim Ausgleich vitaler Interessen untereinander Eingriffe von außen zu akzeptieren, stellte sich die Situation nach Ende des Zweiten Weltkriegs anders dar. Der deutsche Nationalstaat hatte aufgehört zu existieren, Frankreich und Großbritannien waren zwar Siegermacht, doch durch die Auswirkungen des Krieges zu geschwächt, um ihren Großmachtstatus aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig zeigten sich die USA anders als nach 1918 schnell entschlossen, nicht in ihre *splendid isolation* zurückzukehren, um „ihre ökonomische und politische Macht zur Durchsetzung amerikanischer Interessen einzusetzen und einen Rückfall Europas in die Krisen und Probleme der Zwischenkriegszeit zu verhindern“<sup>7</sup>. Zu diesem Zweck unterstützten sie nicht alleine die westeuropäische Integration, sondern auch die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes. Damit stellt sich die in diesem Band zu behandelnde Beziehungsgeschichte als ein Teilelement einer globalen Nachkriegszeit dar, die ein neues politisches und wirtschaftliches System hervorbrachte, das, wie es Eckart Conze formuliert, „auf die Handlungsmuster nationaler und internationaler, staatlicher und nicht-staatlicher Akteure“ einwirkte, dessen Strukturbedingungen aber zugleich auch von diesen verändert wurden<sup>8</sup>.

Bei allen Wandlungen im internationalen Koordinatensystem und tiefgreifenden Umbrüchen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in Europa begann mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs keine völlig neue Epoche. Vielmehr war der Ost-West-Konflikt ein Kind der Zwischenkriegszeit, der im Kampf der

6 De GAULLE 2000 [46], S. 1032.

7 CONZE 2007 [314], S. 269.

8 CONZE 2007 [115], S. 43.

Anti-Hitler-Koalition gegen das nationalsozialistische Deutschland seine Virulenz vorläufig verloren hatte, doch mit der Kapitulation des „Dritten Reiches“ wenn auch nicht militärisch, so doch ideologisch<sup>9</sup> und geopolitisch umgehend wieder ausbrach, so dass Tony Judt nicht zu Unrecht die Zeit zwischen 1945 und 1990 als „Auslaufphase eines noch unerledigten Konfliktes“<sup>10</sup> bezeichnet. Schon im Mai 1944 hatte Churchill erklärt, dass die Beziehungen zur Sowjetunion nach der Niederlage Deutschlands keinen wirklichen Frieden, sondern lediglich „einen verlängerten Waffenstillstand“<sup>11</sup> erlauben würden. So wurde Deutschland innerhalb weniger Monate vom „Modellfall alliierter Kooperationsbereitschaft“<sup>12</sup> zum Testfall für den sich anbahnenden Kalten Krieg<sup>13</sup>, der mit seinen verschiedenen Entspannungs- und Eskalationsphasen als Aggregatzustand des Ost-West-Konflikts<sup>14</sup> eine „weitgehend entgrenzte politisch-ideologische, ökonomische, technologisch-wissenschaftliche und kulturell-soziale Auseinandersetzung [darstellte], die ihre Auswirkung bis in den Alltag zeitigte“<sup>15</sup>. Während sich innerhalb der entstehenden Blöcke friedensstiftende Mechanismen herausbildeten, schob sich parallel dazu über die Nachkriegsgesellschaften in Europa eine aggressive Kultur des Kalten Krieges, die ihre Grenzen nicht zuletzt durch das atomare Patt definierte.

## Die europäische Integration als Subsystem des Globalkonflikts

Der Ost-West-Konflikt als globale Systemkonfrontation blieb über 40 Jahre die zentrale Determinante der äußeren und inneren Entwicklung in Europa, wie James Sheehan am Beispiel der westeuropäischen Integration zeigt:

„Dieses System war der Brutkasten für die allmähliche Transformation der westeuropäischen Staaten. Sie wurden zivile Staaten, die zwar die Fähigkeit behielten, gegeneinander Krieg zu führen, aber jedes Interesse daran verloren [...]. Der Untergang der Gewalt ging schrittweise vor sich. Es war eine langsame, lautlose Revolution, die leicht zu übersehen war, dennoch war sie ebenso wichtig wie jede andere Revolution in der europäischen Geschichte“<sup>16</sup>.

Zweifellos stellte der Ost-West-Konflikt das Beziehungsgefüge zwischen den westeuropäischen Staaten auf eine neue Grundlage und wirkte stabilitätsfördernd, doch bezahlten gerade die osteuropäischen Gesellschaften einen hohen

9 Vgl. du BOIS 2003 [247].

10 JUDT 2006 [322], S. 16.

11 MORAN 1966 [83], S. 193.

12 GÖRTEMAKER 1999 [401], S. 35.

13 Vgl. GADDIS 2007 [252], S. 18.

14 Vgl. LOTH 2000 [259], S. 285.

15 STÖVER 2007 [267], S. 21.

16 SHEEHAN 2008 [342], S. 21.

Preis in dieser von den Amerikanern und Sowjets durchgesetzten Bipolarität. Das Bild vom „Eisernen Vorhang“ und die Realität der Berliner Mauer suggerieren dabei das Schema einer eindeutigen dualistischen Konfrontation, doch bleiben bei dieser Betrachtung die Subsysteme des Kalten Krieges mit ihren genuinen Interessenlagen ausgeblendet. Dass diese aber immer wieder auf den Hauptkonflikt einwirkten, unterstreichen die Forschungen der letzten Jahre.

Zu diesen Subsystemen gehörte die europäische Integration, die ihre Ursprünge zweifellos in der Europabegeisterung der Nachkriegszeit hatte, ihre eigentliche Dynamik aber erst aus der neuen Bedrohungslage des Kalten Krieges gewann, welche die Kooperationsbereitschaft bzw. die Tendenz zu neuen Bündnissen zu beschleunigen und dem europäischen Integrationsprojekt eine postnationale Ausrichtung zu geben half. Die ersten Integrationsschritte waren dabei von dem Bestreben dominiert, „den jahrhundertealten Pendelschwung des europäischen Staatensystems zwischen Gleichgewicht und Hegemonie“<sup>17</sup> abzulösen und dem unkontrollierten Wiederaufstieg (west-)deutscher Macht einen Riegel vorzuschieben, um die Rückkehr in eine von nationalistischem Denken geprägte Politik zu verhindern.

Um diesen Gründungskonsens der europäischen Integration zu realisieren, galt es jedoch primär, „die Ursachen für die deutsch-französische ‚Erzfeindschaft‘ zu beseitigen“<sup>18</sup>, was vom Kalten Krieg maßgeblich beschleunigt wurde. Die sich steigernde Angst vor dem ideologischen Gegenüber ebnete traditionelle Feindbilder nach und nach ein<sup>19</sup>, so dass die deutsch-französische Annäherung weniger ein „Wunder unserer Zeit“ war<sup>20</sup>, sondern das Ergebnis einer sich wandelnden Interessenlage. Nicht zuletzt aus diesem Grund sollten sowohl für die europäische Integration als auch für die deutsch-französische Verständigung von Idealismus geprägte Motive und interessengeleitetes (nationales) Handeln als zwei Seiten derselben Medaille verstanden werden. Andreas Rödder wies unlängst zu Recht darauf hin, dass weder ein idealistischer Erklärungsversuch, der die selbstzivilisierenden Lernprozesse auf beiden Seiten des Rheins nach den Schrecken der beiden Weltkriege in den Mittelpunkt rückt, noch eine „hart realpolitische Lesart“, nach der einzig außen- und sicherheitspolitische sowie wirtschaftliche Interessen die treibende Kraft gewesen seien, ausschließliche Erklärungsmacht beanspruchen könnten. Einleuchtend ist daher sein Plädoyer für eine Analyse des Mischungsverhältnisses zwischen moralisch-weltanschaulichen und pragmatischen Ansätzen, zwischen Interessen und Idealen<sup>21</sup>.

17 BOYER 2007 [108], S. 490.

18 ELVERT 2006 [316], S. 1.

19 Vgl. BOCK 1999 [108].

20 Vgl. MÖLLER, HORST, HILDEBRAND, Klaus (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949–1963, München 1997, Bd. 3, bearbeitet von Herbert ELZER), S. 1. Vgl. dazu auch KISSENER 2004 [825], S. 183; LAPPENKÜPER 2003 [469].

21 Vgl. RÖDDER 2007 [664].

## Deutschland und Frankreich im Kalten Krieg

Deutschland stand bis zum Ende des Kalten Krieges in seinem Zentrum, stritten sich beide Supermächte doch um dieses Land in der Mitte Europas, das schließlich 1949 geteilt wurde, um den kalten nicht zu einem heißen Krieg ausufern zu lassen. „Die deutschen Staaten waren nicht nur die Frontstaaten ihrer Allianzen, sie fochten auch ihren eigenen Kampf miteinander aus. Im Unterschied zur übrigen Welt hatten sie den Kalten Krieg im eigenen Land“<sup>22</sup>, urteilt Peter Bender, der mit dieser Feststellung auch auf den entscheidenden Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich in der in diesem Band zu behandelnden Periode hinweist. Während die ganze deutsche Nation zwischen Rhein und Oder sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene in den Kalten Krieg involviert wurde, besonders im deutsch-deutschen Grenzgebiet und in Berlin immer wieder die direkte militärische Konfrontation fürchten musste<sup>23</sup>, waren die Franzosen von ihm nur mittelbar betroffen. Zwar gab er auch für die französische Außenpolitik den Handlungsrahmen vor und erreichte spätestens 1947 die französische Innenpolitik, als die von den Kommunisten angezettelte Streikbewegung das Land an den Rand eines Bürgerkriegs brachte, doch durchdrang er nicht in gleicher Tiefe die politischen und gesellschaftlichen Strukturen Frankreichs<sup>24</sup>, das in der hier zu behandelnden Zeit weitaus stärker von den Rückwirkungen der Dekolonialisierung betroffen war. Während sich die „verspätete Siegermacht“ in dieser Zeit im westlichen Bündnis als schwieriger Partner gerieren konnte und es gar das Ziel de Gaulles war, das bipolare System des Kalten Krieges aufzubrechen („Vom Atlantik bis zum Ural“), blieb Deutschland wie kein anderes Land in Europa in die einander feindlichen Welten einbezogen. Nur so erklärt es sich, dass die Geschichte der Deutschen fast ein halbes Jahrhundert auch die Geschichte des Kalten Krieges war und dieser mit der Überwindung der deutschen Zweitstaatlichkeit 1989/90 sein Ende fand. Als Urheber und Verlierer des Krieges mussten die Deutschen in Ost und West ihren jeweiligen Vormächten „ihre Zuverlässigkeit als treue Gefolgsstaaten bekunden und beweisen, um sich den beständigen Rückhalt der Großen zu sichern, von denen ihre Existenz und ihre Stellung im Bündnis abhing“<sup>25</sup>. Als Frontstaaten nahm ihr Gewicht bei zunehmender Eskalierung jedoch kontinuierlich zu, so dass den Deutschen – schneller als alle zu Kriegsende dachten und bisweilen mit nicht zu überhörendem Zähneknirschen bei den Zeitgenossen – der Weg zurück in den Kreis der zivilisierten Völker eröffnet wurde.

22 BENDER 2007 [384], S. 43.

23 Vgl. GREINER 2009 [254].

24 Vgl. SOUTOU 2003 [275].

25 BENDER 2007 [384], S. 76.

## Eine Beziehungsgeschichte in der Nachkriegszeit

Im Jahre 1945 lagen Frankreich und Deutschland ausgelaugt und blutleer am Boden und mussten ihren Weg aus dem Krieg heraus finden. Das befreite Frankreich hatte dabei zweifellos die besseren Ausgangsbedingungen, ging es aus dem Konflikt doch schließlich als Siegermacht hervor, die ihre Geschicke wieder in die eigenen Hände nehmen konnte<sup>26</sup>. Deutschland und seine Gesellschaft galt es im Rahmen der Politik des *unconditional surrender* vorläufig stillzulegen, um die Voraussetzungen für einen Neuanfang zu schaffen. Es stand als besiegtes und besetztes Land vor dem Scherbenhaufen seiner eigenen Geschichte. Trotz dieses Statusunterschiedes ist die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 auch die Geschichte zweier Nachbarn, die sich unter den spezifischen Bedingungen der Nachkriegszeit auf politischer, wirtschaftlicher, kultureller und mentaler Ebene einen Weg in eine neue Zukunft bahnen mussten, um die verloren gegangene Normalität in dieser Übergangszeit wiederzufinden. Die Trennungslinie zwischen Krieg und Nachkriegszeit ist dabei nicht immer einfach zu ziehen, verschwammen in dieser „Verwandlungszone“<sup>27</sup> doch fortwährend die Grenzen zwischen vorher und nachher, wirkte der gerade überwundene offene Konflikt doch sowohl materiell als auch mental über sein Ende hinaus<sup>28</sup>. Nachkriegszeit kann folglich als eine Zeit verstanden werden, „die wesentlich durch die vielfältigen Folgen des Krieges geprägt ist“<sup>29</sup>. In der französischen Historiographie hat sich für solche Übergangsphasen der Begriff der *sorties de guerre* eingebürgert<sup>30</sup>, der stärker als der Begriff „Nachkriegszeit“ auf den Dynamiken insistiert und einen Prozess beschreiben will, „der soziale Dimensionen von großer Tragweite umfasst und der in gewisser Weise den Konflikt verlängert, sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene“<sup>31</sup>. Die in diesem Band zu behandelnde Periode zwischen 1945 und 1963 lässt sich folglich auf vielfältige Weise als *sortie de guerre* bezeichnen, in welcher der innere Frieden wiedergefunden werden musste, um auch das bilaterale Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland dauerhaft zu befrieden<sup>32</sup> und den „negativen Frieden“ im Moment der deutschen Kapitulation in einen „positiven Frieden“ mit ausgesöhnter Friedenskultur zu überführen.

Das Jahr 1963 als Schlusspunkt unseres Betrachtungsraumes mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages am 22. Januar besitzt sozialgeschichtlich sicher-

26 Vgl. HÜSER 2003 [460]; HÜSER 2005 [209].

27 Vgl. zur Terminologie: LOTH, RUSINEK 1998 [1320].

28 Vgl. DEFRANCE, ECHTERNKAMP, MARTENS 2008 [117]; VON LINGEN 2009 [1254].

29 Vgl. ECHTERNKAMP, MARTENS 2007 [120], S. 1 f.

30 Vgl. AUDOIN-ROUZEAU, PROCHASSON 2008 [101].

31 Vgl. ROUSSO 2007 [1245], S. 273.

32 Vgl. SENGHAAS 1995 [166].

lich keine Relevanz bei der Frage nach dem Ende der Nachkriegszeit<sup>33</sup>. Auch die einschlägigen Handbücher zur europäischen Integration sehen die Vertragsunterzeichnung nicht als Einschnitt, vielmehr als Nachgeschichte der Römischen Verträge „im Schatten de Gaulles“ bzw. als Reaktion auf die gescheiterten Fouchet-Pläne<sup>34</sup>. Sie stellt genauso wenig eine Zäsur im Kalten Krieg dar, die eher im Ende der Berlin- (1961) bzw. der Kubakrise (1962) zu suchen ist. Schon gar nicht ist das Datum in den ostdeutsch-französischen Beziehungen von großer Relevanz, auch wenn die SED nach dem 22. Januar 1963 eine Pressekampagne gegen die Vertragsunterzeichnung begann. Diese sagte jedoch nur wenig über den Charakter des Élysée-Vertrages aus, sondern war eher Ausdruck für einen neuerlichen Rückschlag in der von der DDR 1957/58 gegenüber Frankreich und den übrigen westlichen Ländern eingeleiteten „Anerkennungspolitik“<sup>35</sup>, die erst 1973 ihr Ziel erreichte. Wieder einmal konnte die DDR die von Bonn 1955 verkündete Hallstein-Doktrin nicht durchlöchern, welche die Aufnahme oder Unterhaltung diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch dritte Staaten als unfreundlichen Akt definierte und mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen drohte<sup>36</sup>. Überholen ohne einzuholen musste daher auch auf diesem Feld das Ziel von Ost-Berlin bleiben<sup>37</sup>. Die mittlerweile zugänglichen Archive der DDR verdeutlichen dabei eindrücklich, dass es sich stets um eine *ménage à trois* im bipolaren Koordinatensystem des Kalten Krieges handelte. Folglich kann es nicht genügen, die ostdeutsch-französischen Beziehungen gesondert zu behandeln. Vielmehr gilt es den für die deutsche Nachkriegsgeschichte so charakteristischen direkten und indirekten Formen der asymmetrischen Verflechtung<sup>38</sup> zwischen den beiden deutschen Staaten auch auf dem Feld des deutsch-deutsch-französischen Beziehungsgeflechts nachzuspüren.

Das Jahr 1963 als Endpunkt dieser Studie richtet den Blick somit auf ein westdeutsch-französisches Schlüsselereignis. Der Kanzler und der General wollten mit diesem feierlichen Akt nicht nur das Ende der Nachkriegszeit im bilateralen Verhältnis, sondern zugleich die (west-)deutsch-französische „Versöhnung“ besiegeln, um nach einer Phase der Verständigung und Annäherung nun zur Normalität der Kooperation übergehen zu können. Dieser Ausdruck politischen Willens lässt bisweilen jedoch vergessen, dass Versöhnung – mit ihren religiösen bzw. moralischen Konnotationen<sup>39</sup> und der für den westlichen Kulturkreis kennzeichnenden Komponente der Vergebung<sup>40</sup> – keinen Endzustand beschreibt, gerade im Verhältnis zwischen zwei Staaten. Nicht nur das deutsch-französische

33 Vgl. die Überlegungen zum Ende der Nachkriegszeit in: DEFRANCE 2006 [116].

34 BRUNN 2002 [310], S. 138 ff.; BITSCH 1999 [308], S. 241.

35 Vgl. PFEIL 2001 [650].

36 Vgl. KILLIAN 2001 [211]; GRAY 2005 [200].

37 Vgl. PFEIL 2004 [484].

38 Vgl. KLESSMANN 2005 [138]; KLESSMANN, LAUTZAS 2006 [411].

39 Vgl. BEESTERMÖLLER, REUTER 2002 [103].

40 Vgl. LEFRANC 2002 [145].

Beispiel verdeutlicht, dass Versöhnung ein permanentes Handeln auf politischer und gesellschaftlicher Ebene erfordert, um den Prozess der Annäherung und Verständigung unumkehrbar zu machen. Der Begriff der Versöhnung ist auf dem Feld der zwischenstaatlichen und zwischengesellschaftlichen Beziehungen relativ jung und findet sich bezeichnenderweise in offiziellen und nicht-offiziellen Diskursen zur Zielbestimmung der deutsch-französischen Beziehungen in einer zuvor nicht gekannten Häufung ab Ende der 1950er Jahre. Heute verweist der Begriff der Versöhnung allgemein auf die Befriedung von Beziehungen und die Lösung von Konflikten zwischen zwei zuvor verfeindeten Gesellschaften oder Gemeinschaften.

Doch richten wir den Blick noch einmal auf die deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 zurück, für die der 22. Januar 1963 im aktuellen öffentlichen Bewusstsein nicht nur zu einem Schlüsseldatum geworden ist, sondern sogar den Status eines gemeinsamen Erinnerungsortes erreicht hat<sup>41</sup>, der nicht selten mit Mythen und harmonisierenden Betrachtungen versehen wird<sup>42</sup>. Die Bedingungsfaktoren für diesen Annäherungsprozess stellen sich jedoch in historischer Sicht komplexer dar, als es heute bisweilen erscheint. Mag man diese Beziehungsgeschichte vielleicht zu Recht mit dem Attribut der „Erfolgsgeschichte“ belegen, so sollten nicht die Blockaden, Misserfolge und Rückschläge aus dem Auge verloren werden, jedoch auch nicht die Mittel und Wege, mit denen es beiden Seiten in der Regel doch wieder gelang, abweichende Interessenlagen in Einklang zu bringen<sup>43</sup>. Gerade in den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass das Interpretament von der „Erfolgsgeschichte“ zunehmend in den Hintergrund geriet. Neuere Studien fragen nach den von Politik, Geschichtswissenschaft und kollektivem Gedächtnis ausgeblendetem Aspekten der deutsch-französischen Beziehungen. Besonderes Interesse fand dabei die Frage der Wiedergutmachung und der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern im deutsch-französischen Kontext<sup>44</sup>. Weitere Arbeiten zur transnationalen Vergangenheitspolitik stehen aus.

Ist die Periode zwischen 1945 und 1963 in vielerlei Hinsicht als Nachgeschichte des Zweiten Weltkriegs zu verstehen, so lässt sie sich zugleich als Vorgeschichte des „franco-allemand“ charakterisieren, eine von den Franzosen so bezeichnete Epoche, die sich durch die Herausbildung der „Paare“ Valéry Giscard d'Estaing/Helmut Schmidt, François Mitterrand/Helmut Kohl und Jacques Chirac/Gerhard Schröder auszeichnet, durch die Gründung binationaler Organisationen wie des Deutsch-Französischen Jugendwerks (7. Juli 1963)<sup>45</sup>, durch die Institutionalisierung und Ausweitung von Kooperation bzw. Begegnung auf

41 Vgl. FRANK 2005 [1211].

42 Vgl. DEFRANCE, PFEIL 2005 [447].

43 Vgl. MARCOWITZ 2005 [632].

44 Vgl. weiter gehende Überlegungen zu dieser Frage in: MOISEL 2004 [641], S. 10 f.; DELORI 2007 [450], S. 11–19.

45 Vgl. BOCK, DEFRANCE, KREBS, PFEIL 2008 [741].

allen Ebenen<sup>46</sup> und durch den deutsch-französischen „Motor“ in Europa. Die Spannweite dieses Beziehungsgeflechts ist jedoch das Thema des folgenden Bandes der Deutsch-Französischen Geschichte; hier wollen wir uns mit der These begnügen, dass die deutsch-französischen Beziehungen nicht erst mit dem Élysée-Vertrag begannen, wie man es bisweilen lesen kann, sondern die Unterzeichnung nur möglich war, weil die seit 1945 unternommene Verständigungsarbeit ihre Früchte getragen hatte<sup>47</sup>.

Diese war nicht alleine das Werk großer Männer oder gar nur der beiden „Lichtgestalten“ Adenauer und de Gaulle<sup>48</sup>. Ein solch reduzierter Blick blendet vielmehr die Vielschichtigkeit eines Prozesses aus, an dem Akteure auf den unterschiedlichsten Ebenen teilhatten. Anders als in der Zwischenkriegszeit hatte das bilaterale Verhältnis mittlerweile eine sozio-kulturelle Unterfütterung und eine gesellschaftliche Rückbindung erhalten, die eine allgemeine Bereitschaft zu Vertrauen, Verständigung und Kooperation ermöglichte. Zum besseren Verständnis der deutsch-französischen Annäherung erscheint es daher entscheidend, die Interdependenz zwischen den unterschiedlichen Handlungs- und Akteurebenen auf den verschiedenen Niveaus auf die Spur zu kommen. Neben den internationalen Rahmenbedingungen gilt es daher auch in besonderem Maße die transnationalen Dynamiken auf der Ebene der Zivilgesellschaft zu analysieren, um die grenzüberschreitenden Transfer- und Austauschprozesse, die wechselseitigen Wahrnehmungen und die verschiedenen Formen der Verflechtung zu beleuchten<sup>49</sup>. Überflüssig erscheint es auch auf diesem Feld, die verschiedenen Ansätze hierarchisieren bzw. in einen methodischen Wettbewerb stellen zu wollen, wie Johannes Paulmann zu Recht unterstreicht:

„Um als Historiker aber überhaupt erkennen zu können, was bei einem interkulturellen Transfer vor sich geht, muss man vergleichen: die Stellung des untersuchten Gegenstands im alten mit der in seinem neuen Kontext, die soziale Herkunft der Vermittler und der Betroffenen in einem Land mit der im anderen, die Benennung in einer Sprache mit der in einer anderen und schließlich die Deutung eines Phänomens in der nationalen Kultur, aus der es stammt, mit der, in die es eingeführt wurde“<sup>50</sup>.

Welche Bedeutung einer sozialgeschichtlichen Erweiterung bei der Erforschung der Geschichte der internationalen Beziehungen zukommt, hatten in den 1950er Jahren bereits Pierre Renouvin und Jean-Baptiste Duroselle mit dem Hinweis auf die *forces profondes*<sup>51</sup> unterstrichen. Mag die Begrifflichkeit dieses Kon-

46 Vgl. MIARD-DELACROIX, HUDEMANN 2005 [480].

47 Vgl. BOCK, PFEIL 2005 [738].

48 Vgl. zu dieser These auch die Beiträge in: SCHWABE 2005 [490].

49 Vgl. MILZA 1998 [153]; PATEL 2004 [159]; BUDDÉ, CONRAD, JANZ 2006 [109].

50 PAULMANN 1998 [160].

51 Vgl. als systematische Einführung in das Konzept: RENOUVIN, DUROSELLE 1991 [163].



zeptes bisweilen auch veraltet scheinen<sup>52</sup>, so hat der Ansatz nichts von seiner Aktualität verloren, wie gerade die deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1945 und 1963 verdeutlichen. So ist auch die Forderung von Hartmut Kaelble zu verstehen, „die langsame, aber tiefgreifende Annäherung der Gesellschaftsstrukturen und Lebensweisen der beiden Länder“ im Rahmen der deutsch-französischen Aussöhnung stärker zu berücksichtigen:

„Das lange Misstrauen der Bürger beider Länder hing nicht nur mit politischer Indoktrination und politischen Erfahrungen, sondern auch mit fundamentalen Unterschieden der gesellschaftlichen Strukturen und Lebensweisen zusammen, die jedes Verständnis außerordentlich erschwerte“<sup>53</sup>.

Die „Versöhnungsgeneration“ der deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 tritt heute nach und nach ab und macht Platz für eine jüngere Generation, die das deutsch-französische Verhältnis als gelebten Austausch und konkrete Kooperation erfährt. Ihr wird der moralisch aufgeladene, bisweilen mit Pathosformeln versehene Versöhnungsdiskurs zunehmend fremd, so dass er nur noch schwer in ihre lebensweltliche Realität zu integrieren ist und für die Gegenwart und Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen oftmals kontraproduktiv wirkt. In den Zeiten einer Neubestimmung und Neuverhandlung des deutsch-französischen Verhältnisses kommt dem Blick in die unmittelbare Vorgeschichte jedoch eine wichtige Orientierungsfunktion für zukünftiges Handeln zu.

52 Vgl. zur Einordnung in die französische Historiographieggeschichte: FRANK 2003 [126]; SOUTOU 2000 [170]; WIRSCHING 2008 [179], S. 182 ff.; MARCOWITZ 2005 [149]; MARTENS 2007 [151]; HUDEMANN 2004 [135].

53 KAEUBLE 1991 [588], S. 10.

# I. Überblick



7:

*Karikatur von Klaus Pielert im Kölner Anzeiger, 5. Juli 1962*

# 1. Wege aus dem Krieg: Franzosen und Deutsche im Jahre 1945

Als Deutschland am 8. Mai 1945 kapitulierte, war die NS-Herrschaft über Europa nun auch offiziell beendet<sup>1</sup>. Europa lag am Boden und bot ein Bild unbeschreiblicher Zerstörung. Erschöpfung und Hoffnungslosigkeit kennzeichneten die Gesichtszüge der Menschen, deren Leben von dem ganz elementaren Wunsch nach Überleben bestimmt war<sup>2</sup>. Wie niemals zuvor in der europäischen Geschichte hatte ein moderner Staat seine sämtlichen Kräfte mobilisiert, um seine Nachbarn zu unterwerfen, auszubeuten und – im besonderen Maße im östlichen Europa – auszutilgen. Niemals zuvor war die Zivilbevölkerung in dieser Breite mobilisiert worden, in Deutschland, um dem „Weltanschauungskrieg“ zum Sieg zu verhelfen, in den angegriffenen und besetzten Ländern, um den deutschen Aggressor zurückzuschlagen und niederzuwerfen. Durch eine bis dahin unbekannte Vergesellschaftung von Gewalt hatte Deutschland über mehr als fünf Jahre eine Kultur des Krieges nach Europa getragen, die es nun in eine Kultur des Friedens zu überführen galt, damit Deutschland nicht noch einmal zu einer Gefahr für seine Nachbarn werden konnte<sup>3</sup>. Schnell zeigte sich den Beteiligten, dass der Krieg mit dem Kriegsende nicht zu Ende war und Kriegsende nicht synonym mit Frieden ist, sondern vielmehr einen kontinuierlichen Prozess tiefgreifender politischer und gesellschaftlicher Deeskalation erfordert<sup>4</sup>. In dieser Übergangszeit besaß somit auch in Frankreich und Deutschland die Lösung aller aus dem Krieg unmittelbar resultierenden Probleme oberste Priorität, um zu einer Friedensnormalität zurückzukehren.

## Bilanz des Zweiten Weltkriegs

Hatte der Erste Weltkrieg den Menschen bereits die Konsequenzen eines industriellen Krieges vor Augen geführt, wurde im Zweiten Weltkrieg als bis heute größtem Land-, Luft- und Seekampf alles Bisherige in den Schatten gestellt. Nie zuvor waren in einem solchen Ausmaße Industrie, Technik und Wissenschaft in

- 1 Vgl. KREBS, OBERLÄNDER 1997 [1283]; HERBERT, SCHILDT 1998 [1274]; RUSINEK 2004 [1294]; VAÏSSE 2005 [691]; MÜLLER, UEBERSCHÄR 2005 [421].
- 2 JUDT 2006 [322], S. 29 ff.
- 3 Vgl. WEGNER 2002 [172]; KÜHNE 2000 [144]; MAZOWER 2009 [1285].
- 4 Vgl. BESSEL, SCHUMANN 2002 [1267]; DEFRANCE, ECHTERNKAMP, MARTENS 2008 [117].

den Dienst der Vernichtung menschlichen Lebens gestellt worden. Nie zuvor waren die kriegsbedingten Verluste auf demographischer, ökonomischer, sozialer und emotionaler Ebene größer als nach 1945. Wer dabei eine vergleichende Bilanz von Zerstörung, Leid und Elend in Krieg und Nachkriegszeit versucht, begibt sich im deutschen Fall auf das sensible Feld der Opferdiskussion, die in der Vergangenheit vielfach unter dem Verdacht stand – hier jedoch vor allem im Verhältnis von Deutschland zu seinen östlichen Nachbarn –, „dass Leid mit Leid, Schuld mit Schuld verrechnet werden soll“<sup>5</sup>. Ausgangspunkt für eine solche Bilanz kann deshalb nicht der 8. Mai 1945 sein, sondern muss der Ausbruch des von Deutschland vom Zaun gebrochenen Krieges sein, der Frankreich zwischen 1940 und 1944/45 eine vierjährige Besatzung aufzwang.

Heutige Schätzungen gehen von insgesamt über 60 Millionen Toten aus, darunter 25 Millionen Zivilisten, die durch Luftangriffe, Bodenkämpfe, Massenvernichtungen, Erschießungen, Arbeits- und Konzentrationslager, Deportation und Flucht ums Leben kamen. In Frankreich waren nach letzten Erkenntnissen ca. 400 000 Opfer (davon mehr als die Hälfte Zivilisten) zu beklagen<sup>6</sup>. Zu den ca. 150 000 Soldaten, unter ihnen auch die Kolonialtruppen und die von der Wehrmacht zwangseingezogenen Elsass-Lothringer, kommen weniger als 100 000 zivile Opfer auf französischem Territorium. Ungefähr 150 000 Franzosen wurden von den Deutschen außerhalb Frankreichs (vor allem in Deutschland und Polen) umgebracht, unter ihnen über 75 000 Juden, 21 000 Kriegsgefangene, weitere 20 000 nicht-jüdische Verhaftete und 10 000 bis 20 000 Zivilarbeiter.

Deutschland zählte ca. sieben Millionen Opfer, davon 4,5 Millionen Wehrmachtstote aus dem Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 und über zwei Millionen Zivilisten. Dabei schwankte die Todesquote je nach Geburtsjahrgängen erheblich. Für die Jahrgänge 1910 bis 1925 lag sie in Deutschland durchschnittlich zwischen 20 und 40 %. Mindestens zwei Fünftel der Jahrgänge 1920 bis 1925 wurden nahezu ausgelöscht<sup>7</sup>. Zu den Folgen dieser demographischen Verwerfungen gehörten u. a. ein starker Frauenüberschuss und Vaterlosigkeit, unter der ca. ein Viertel der deutschen Kinder und Jugendlichen litten. Zu dieser Verlustgeschichte gehören auch die 170 000 ermordeten deutschen Juden und 100 000 nicht-jüdische deutsche Opfer, die von den Nationalsozialisten aus weltanschaulichen und politischen Gründen umgebracht worden waren.

Die alliierten Bombenangriffe und die Kämpfe auf deutschem Territorium, aber auch Hitlers „Taktik der verbrannten Erde“ („Nerobefehl“ vom 19. März 1945) hatten weite Teile Deutschlands in den letzten Kriegsmonaten in eine Trümmerlandschaft verwandelt. Besonders betroffen waren jedoch die Wohngebiete und das Transportwesen. Die Alliierten mussten bei der Bombardierung der deutschen Industrieanlagen bisweilen selber schwere Verluste hinnehmen, so dass

5 FREVERT 2003 [1213], S. 11.

6 Vgl. zur Problematik der Zählung: LAGROU 2002 [1284].

7 WEHLER 2003 [434], S. 942.

der Schwerpunkt der Bombenangriffe ab März 1942 schon nicht mehr auf der Rüstungsindustrie gelegen hatte. Zudem mussten die alliierten Beobachter nach Kriegsende feststellen, dass ihre Luftangriffe auf die deutschen Industriezentren in den meisten Fällen kostspielige Fehlschläge gewesen waren<sup>8</sup>. Für den Produktionsrückgang ab Mitte 1944 war daher in erster Linie die Zerstörung des Transportsystems verantwortlich. So erklärt es sich, dass zu Kriegsende 40 % der Verkehrsanlagen vernichtet waren, während die Kriegszerstörungen in der deutschen Industrie nur ca. 20 % betrugten und ihre Leistung 1946 nur ca. 30 % unter dem Stand von 1939 lag<sup>9</sup>. Mit gewissem Abstand zeigte es sich, dass das Ausmaß der Kriegszerstörungen im Moment des Kriegsendes stark überschätzt wurde. In der SBZ, in der die sowjetische Besatzungsmacht als strafender Sieger auftrat, richteten die Wiedergutmachungen an die Sowjetunion und die durchgeführten Demontagen größere Schäden an als die kriegsbedingten Zerstörungen<sup>10</sup>. Werner Abelshäuser kommt gar zu dem Fazit, dass die Substanz des industriellen Anlagevermögens im Mai 1945 keineswegs entscheidend getroffen war und sich etwa auf dem Stand von 1938 befand<sup>11</sup>.

Der eigentliche Leidtragende der im Jahre 1944 das deutsche Territorium erreichenden Kämpfe war die Zivilbevölkerung, die nun mit ganzer Härte erleben musste, wie die angegriffenen und besetzten Länder als Antwort auf die von Deutschen ausgegangene Gewalt zurückschlügen. In den letzten Kriegstagen wurden von der Roten Armee 40 000 Granaten auf Berlin abgefeuert, so dass die Reichshauptstadt einer Trümmerwüste glich, in der 75 % der Wohnungen unbewohnbar waren. Die anderen deutschen Großstädte erfuhren in der Regel ein ähnliches Schicksal: In Köln wurden 70 % des Wohnraums zerstört, ähnlich ging es Städten wie Dortmund (65,8 %), Duisburg (64,8 %), Kassel (63,9 %) und Kiel (58,1 %) <sup>12</sup>, während die Wohnverhältnisse auf dem Land und in den kleineren Orten deutlich besser waren. Insgesamt waren 40 % des Wohnraums in Deutschland vernichtet, 2,25 Millionen Wohnungen lagen gänzlich in Schutt und Asche, rund 2,5 Millionen Wohnungen waren schwer beschädigt<sup>13</sup>, so dass Lagerleben und vagabundierende Obdachlosigkeit für ca. 20 Millionen Deutsche zur Realität der Nachkriegszeit gehörten. Noch 1950 lebten auf dem Gebiet der Bundesrepublik über 900 000 Menschen in Notunterkünften und Massenlagern<sup>14</sup>. Jene Glücklichen, deren Wohnung intakt geblieben war, mussten diesen kostbaren Besitz schon bald mit anderen teilen, standen Einquartierungen in der Nachkriegszeit angesichts der großen Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen doch auf der

8 Süss 2007 [1249].

9 MANZ 1985 [966]; ECHTERNKAMP 2003 [395], S. 20.

10 Vgl. allgemein: STEINER 2004 [1441].

11 ABELSHAUSER 2004 [380], S. 71.

12 1958 [11], S. 51–55.

13 1960 [12], S. 11–14.

14 PLATO, LEH 1997 [1291], S. 44 f.

Tagesordnung. So lebten Ende 1946 durchschnittlich 4,2 Personen in einer Wohnung, 1948 waren es gar 5,4, wohingegen es 1939 nur 3,3 waren. Im Zonenvergleich war die SBZ am stärksten von dem Flüchtlingsstrom betroffen. Von den 20,5 Millionen Menschen waren über 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Ihr Anteil stieg bis zur Gründung der DDR auf 25 %. Zwar war der Wohnraum in der SBZ weniger in Mitleidenschaft gezogen als der im Westen (7,0 zu 15,3 %), doch infolge des höheren Flüchtlingsaufkommens herrschte noch über Jahre ein beachtlicher Wohnraummangel<sup>15</sup>. Dieses Zusammenleben auf engstem Raum mit dem damit einhergehenden Verlust an Privatsphäre schürte die innergesellschaftlichen Spannungen in einer Zeit, in welcher der Lebensmut der meisten Deutschen schwer angegriffen war<sup>16</sup>.

Auch Frankreich musste in den Nachkriegsjahren die infolge der Bombardements und Kampfhandlungen entstandenen Trümmer beiseiteräumen. Hatte der Erste Weltkrieg nur 13 Départements getroffen, waren es während des Zweiten Weltkriegs 74. 500 000 Wohnungen waren nicht mehr bewohnbar, was einem Zerstörungsgrad von etwa 20 % entsprach. Die größten Schäden musste dabei die Normandie verzeichnen, deren Einwohnerschaft zudem unter dem harten Winter 1944/45 zu leiden hatte, den sie vielfach in Holzbaracken zu überleben versuchte<sup>17</sup>. Was als Provisorium gedacht war, blieb für viele Franzosen noch zehn Jahre bittere Realität. Diese Küstenregion hatte nicht alleine unter den heftigen Rückzuggefechten der deutschen Wehrmacht gelitten, sondern war – zur Befreiung des eigenen Territoriums – auch Opfer von westalliierten Luftangriffen geworden, bei denen die Hafenstädte Le Havre (82 %), Caen (73 %), Saint-Lô (77 %) und Rouen (50 %) am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurden, während die französische Hauptstadt Paris den Krieg nahezu unversehrt überstanden hatte. Durch diese Zerstörungen waren die Kapazitäten der französischen Handelsflotte auf ein Minimum reduziert, so dass auch die Verteilung der zum Überleben notwendigen Güter weiter erschwert wurde; hinzu kamen zerstörte Straßen, Eisenbahnlinien und Brücken. Keine Brücke zwischen Paris und Le Havre war mehr intakt, nur noch eine über den Rhein, und gerade einmal 10 % des französischen Schienennetzes waren noch befahrbar, so dass das Land quasi stillstand.

Doch nicht nur die Bevölkerung sah sich vor einem kaum zu überwindenden Berg von Problemen; auch die politische Führung befürchtete eine lang anhaltende Durststrecke, so auch de Gaulle, der im Oktober 1945 verkündete, dass Frankreich für den Wiederaufbau des Landes selbst bei unermüdlicher Arbeit 25 Jahre brauche. Doch bei aller Not zeigte sich auch hier, dass der Pessimismus der Nachkriegszeit nicht den wirtschaftlichen Realitäten entsprach. Bereits 1948 überschritt Frankreich wieder seine Vorkriegsproduktion an Kohle und Stahl. Bis

15 Vgl. HEYDEMANN 2003 [403], S. 1.

16 KOSSERT 2008 [1282].

17 RIOUX 1980 [371], S. 33.

1952 wurde schließlich der Steinkohlebergbau auf den Leistungsstand der Vorkriegsstand gebracht<sup>18</sup>.

## Soziale Not

Das Kriegsende hatte dem Massensterben ein Ende gesetzt, doch Existenzunsicherheit, soziale Not und insbesondere der Hunger als europäisches Phänomen der Nachkriegszeit machten das Überleben auch nach der Einstellung der Kampfhandlungen bisweilen zu einem schwierigen Unterfangen, waren sowohl Deutsche als auch Franzosen von der lebensnotwendigen Mindestkalorienmenge von ca. 2400 in der unmittelbaren Nachkriegszeit doch zumeist weit entfernt. In Paris brachte es ein Erwachsener im August 1944 gerade einmal auf 900 Kalorien; 1210 waren es im September und 1515 im Mai 1945<sup>19</sup>. 70 % der französischen Männer und 55 % der Frauen hatten im Vergleich zur Vorkriegszeit an Gewicht verloren; ein Drittel aller Kinder litt an Wachstumsstörungen. So waren die französischen Jugendlichen im Jahre 1945 zwischen sieben und elf Zentimeter kleiner als ihre Altersgenossen 1935 und wogen zwischen sieben und neun Kilo weniger. Zudem begünstigte das Untergewicht die Anfälligkeit für Krankheiten und Seuchen, denen in erster Linie Kinder und Alte zum Opfer fielen. So kann es nur wenig überraschen, dass laut französischen Meinungsumfragen die Versorgung mit Brot, Fleisch sowie anderen Grundnahrungsmitteln das Denken der Franzosen bestimmte und den Schwarzmarkt florieren ließ<sup>20</sup>. Die Hoffnung vieler Franzosen, dass mit dem Ende der deutschen Besatzung und der damit einhergehenden Entnahmen aus der laufenden Produktion auch das Ende des Mangels gekommen sei, erwies sich als Illusion. Lebensmittelkarten gehörten bis 1949 zum Alltag der Franzosen, deren Unzufriedenheit sich nicht nur gegen die Politiker richtete, sondern auch gegen die Landwirte und Zwischenhändler, denen Wucher vorgeworfen wurde, so dass es immer wieder zu Plünderungen kam<sup>21</sup>. Trauer, Zerstörung und permanente Kaufkraft-, Nahrungsmittel-, Bekleidungs- und Brennmaterialnot ließen die Euphorie im Moment des Kriegsendes somit schnell Desillusion und moralischem Leid Platz machen. Nicht ohne Grund sprach der Schriftsteller und Journalist Joseph Kessel daher von einer „liberté sans joie“<sup>22</sup>.

„Genießt den Krieg, der Frieden wird furchtbar!“ Mit diesem Satz hatte die Flüsterpropaganda während der letzten Kriegsmonate die Deutschen auf das Elend der Nachkriegszeit vorbereitet. Angesichts von körperlicher Verelendung

18 Vgl. ABELSHAUSER 2004 [380], S. 236.

19 Vgl. Mouvement économique en France de 1938 à 1948, Paris 1950.

20 RIOUX 1980 [371], S. 32; GRECARD 2008 [1273].

21 SCHOR 2004 [375], S. 258.

22 Vgl. RIOUX 1985 [1292]; HÜSER 2000 [1060].

und Unterernährung sahen sich viele Deutsche in ihren Ängsten bestätigt<sup>23</sup>. Hatten die Deutschen im Durchschnitt 1940 und 1941 2445 Kalorien pro Tag und 1943 noch 2078 Kalorien zu sich genommen, brachten es die Menschen in München im Sommer 1945 nur auf 1300 Kalorien, in Stuttgart auf 1000, und die Kumpel im Ruhrgebiet mussten sich gar mit 700 bis 800 Kalorien begnügen. Neben regionalen Unterschieden lassen sich auch spürbare Differenzen zwischen den einzelnen Zonen feststellen. 1946 betrug die amtlich festgesetzten Kalorienzahlen in der amerikanischen Zone 1330, in der sowjetischen 1083, in der britischen 1050 und in der französischen 900 Kalorien<sup>24</sup>. Nur 12 % der Kinder erreichten Ende 1945 das ihrem Alter entsprechende Normalgewicht, viele waren von Hungerödemen gezeichnet, insbesondere die Vertriebenenkinder<sup>25</sup>. Den Mangel versuchten die Deutschen über eine „Schattenwirtschaft“ auszugleichen, so dass Schwarzmarkt und Hamsterfahrten schnell zu den verbreiteten Erfahrungen der frühen Nachkriegsgesellschaft zählten. Dies umso mehr, weil die lebensnotwendige Versorgung durch die Zuteilungen aus Lebensmittelkarten nicht mehr gewährleistet wurde. Auch wenn sich die Versorgung mit Konsumgütern und Lebensmitteln in Westdeutschland nach der Währungsreform 1948 spürbar verbesserte, wurden die Rationierungen und damit auch die Lebensmittelkarten erst 1950, in der DDR erst 1958 abgeschafft. Mangel und Hunger waren in diesem Ausmaß in Deutschland ein Phänomen der Nachkriegszeit und hatten nicht bereits während des Krieges eingesetzt wie in Frankreich, das während der vierjährigen Besatzungszeit von den Deutschen ausgeplündert worden war, so dass es – wie die anderen von der Wehrmacht besetzten Länder auch – unfreiwillig einen wesentlichen Beitrag zur deutschen Kriegsführung und zur Versorgung der deutschen „Heimatfront“ geleistet hatte, wie Tony Judt zutreffend konstatiert: „Die Nazis lebten, solange es ging, vom Reichtum ihrer Opfer – so dass die deutsche Zivilbevölkerung erst 1944 die Folgen der Versorgungsengpässe zu spüren bekam“<sup>26</sup>. Der 8. Mai 1945 war aus sozialgeschichtlicher Perspektive für die meisten Deutschen folglich keine einschneidende Zäsur. Viele empfanden die Nachkriegsjahre angesichts der physischen Realität der Zerstörung und der alltäglichen Not als „schlechte Zeit“, die erst mit der Währungsreform ihr Ende fand<sup>27</sup>.

23 Vgl. ECHTERNKAMP 2008 [1271].

24 SCHILDT 2007 [425], S. 10; ROTHENBERGER 1980 [1238]; HUDEMANN 1988 [564], S. 74 ff.

25 Vgl. zu ihrem besonderen Schicksal mit weiteren Literaturangaben: HIRSCH 2003 [1277].

26 JUDT 2006 [322], S. 32.

27 Vgl. BROZAT, HENKE, WOLLER 1990 [1350].



## Entwurzelung

Europa war im Zweiten Weltkrieg unterwegs gewesen<sup>28</sup>. Mit Kriegsende versiegten die umherziehenden Menschenströme jedoch nicht, im Gegenteil: „Aus einem Verschiebebahnhof unter den Bedingungen des Krieges wandelte sich Europa nach Kriegsende in einen Verschiebebahnhof unter den Hinterlassenschaften des Krieges: Zerstörungen, Grenzverschiebungen, Entwurzelung, Tod<sup>29</sup>. In Belgien und Frankreich hatten diese Wanderungsbewegungen bereits mit der Westoffensive der deutschen Wehrmacht im Mai/Juni 1940 begonnen. Ungefähr sechs Millionen Belgier und Franzosen verließen ihre Heimat, um vor deutscher Besatzung und Gewalt zu fliehen<sup>30</sup>. Die meisten von ihnen kehrten bis September 1940 wieder nach Hause zurück, doch zum Stillstand kam die französische Gesellschaft während der *années noires* nicht. Diese Feststellung gilt in besonderem Maße für die Einwohner des Elsasses und von Lothringen, von denen über eine halbe Million vor den deutschen Besatzern Zuflucht in Innerfrankreich suchten. Die große Mehrheit kehrte nach dem Waffenstillstand zurück, doch noch im Jahre 1940 wurden im Rahmen der NS-Germanisierungspolitik wieder 45 000 Elsässer und 100 000 Lothringer ihrer Heimat verwiesen<sup>31</sup>.

Auch in den folgenden Jahren hielten Krieg und Besatzungsmacht die französische Gesellschaft in Bewegung. Aus den von britischen und amerikanischen Verbänden zur Befreiung des französischen Territoriums bombardierten Städten wurden viele Einwohner evakuiert; andere blieben und mussten mit Geduld das Leid ertragen und die Wunden verbinden. Einschneidender für ganz Frankreich war jedoch die Anwerbung von Arbeitskräften durch die deutschen Besatzer angesichts des zunehmenden Arbeitskräftemangels in der deutschen Industrie, der *Service du travail obligatoire* (STO). Zu den 200 000 Franzosen, die sich freiwillig gemeldet hatten, kamen nun noch einmal zwischen 600 000 und 650 000 französische Zwangsarbeiter. Rassistische Gründe hatten die gewaltsame Deportation von 75 721 französischen Juden nach Deutschland zur Folge, von denen nur 2500 nach der Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager zurückkamen. Das Schicksal der Überlebenden spitzte sich insbesondere in den letzten Kriegsmonaten zu, als die Zwangsarbeiter, Gefangenen und Deportierten angesichts der vorrückenden alliierten Armeen oftmals von einem Lager ins nächste verschleppt wurden. Andere konnten zwar fliehen, mussten jedoch während ihrer Flucht durch Deutschland permanent um ihr Leben fürchten. Insgesamt 1,6 Millionen französische Kriegsgefangene waren zwischen 1940 und 1945 in

28 Vgl. CATTURUZZA 2008 [1268].

29 BEER 2005 [1265], S. 109.

30 MIQUEL 2003 [365].

31 Vgl. zu den nicht immer übereinstimmenden Zahlen: HOCHSTUHL 1984 [361], S. 286 ff.; ERBE 2002 [358], S. 174 ff.; VOGLER 1995 [377], S. 251 ff.; PARISSÉ 1978 [368], S. 437 ff.

Deutschland, zu Kriegsende waren es noch 1,2 Millionen, die bis Juni 1945 fast alle wieder heimgekehrt waren. Sie wurden vom neuen Ministerium für Kriegsgefangene, Deportierte und Flüchtlinge in Empfang genommen und in Auffanglagern untergebracht, bevor sie schließlich nach Hause zurückkehren konnten. Nach bisweilen mehrjähriger Abwesenheit verlief die Rückkehr in die Familie und die Wiedereingliederung in die Arbeitswelt jedoch vielfach nicht ohne Komplikationen.

Als der Krieg als Folge des „furiösen Gegenschlags gegen die nationalsozialistische Bevölkerungs- und Rassenpolitik im Osten“<sup>32</sup> auch in Deutschland Millionen von Menschen aus ihren bisherigen Lebensverhältnissen riss, wurden Deutsche in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß zu Opfern. 15 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und zwangsumgesiedelte Deutsche mussten ab Herbst/Winter 1944 ihre angestammte Heimat verlassen und reihten sich in eine der „wohl größten Wanderungsbewegungen in der neueren europäischen Geschichte“<sup>33</sup> ein, bei der ca. 30 Millionen Menschen ihre Heimat verloren. Die Hälfte der östlich von Oder und Neiße lebenden Deutschen sowie die volksdeutschen Minderheiten in Ost- und Südeuropa<sup>34</sup> waren aus Furcht vor Racheakten in Richtung Westen geflohen. Wie berechtigt ihre Angst war, mussten in erster Linie die Frauen und Mädchen erfahren. Über 1,9 Millionen von ihnen wurden bei der Eroberung des Reichsgebietes und in den Folgemonaten durch die Soldaten der Roten Armee vergewaltigt<sup>35</sup>. Insgesamt starben über zwei Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, die mit ihrem wenigen Hab und Gut in der Kälte des Winters zwischen die Fronten des Endkampfes gerieten und bisweilen nur mit großem Glück die Flucht überlebten. In der SBZ wurden 37,2 % von ihnen aufgenommen, in der britischen Zone 32,8 %, in der amerikanischen 28,2 % und in der französischen lediglich 1,4 %. Die soziale und berufliche Integration der Flüchtlinge in die deutsche Nachkriegsgesellschaft gelang relativ schnell und wurde zu einer Grundlage für das sogenannte „Wirtschaftswunder“. Bis Ende der 1990er Jahre drang ihr spezifisches Leid jedoch nicht bis zum kollektiven Bewusstsein vor. Die Kommunikation der Erinnerung an Flucht und Vertreibung blieb auf die Familien beschränkt, die sich dem Schweigensdruck fügten und ihre Erinnerungen einkapselten: „Das Schweigen drückte weniger eine gelungene als eine erzwungene Integration aus: Man schwieg, um nicht als ‚Fremder‘ in Distanz zu den Einheimischen zu geraten; man schwieg auch, weil man nicht mehr an die Vergangenheit denken wollte“<sup>36</sup>.

32 WEHLER 2003 [434], S. 941.

33 ECHTERNKAMP 2003 [395], S. 41.

34 Vgl. Dokumentation der Vertreibung; BENZ 1995 [1266]; AUST, BURGDORFF 2003 [1264].

35 Vgl. NAIMARK 1999 [422]; KOWALCZUK, WOLLE 2001 [412], S. 27 ff.; MERRIDALE 2006 [264]; GAUGER, KITTEL 2006 [1272].

36 HIRSCH 2003 [1277], S. 21; vgl. für die SBZ/DDR: AMOS 2009 [281].

Einer unsicheren Zukunft gingen auch die ca. sechs Millionen Ausgebombten und Evakuierten entgegen, die in den letzten Kriegsmonaten vor den alliierten Luftangriffen aufs Land geflüchtet waren und bei ihrer Rückkehr vielfach vor den Ruinen ihres ehemaligen Zuhauses standen. Ungewiss war genauso das Schicksal der ca. zwölf Millionen *Displaced Persons* (DPs), bei denen es sich um Menschen handelte, die sich im Moment des Kriegsendes außerhalb ihres Landes befanden. In der Regel wollten diese in ihre Heimat zurückkehren oder sich eine neue Heimat suchen, doch gerade im Fall der sowjetischen DPs kam es zu Zwangsrepatriierungen<sup>37</sup>. Dabei bemühte sich besonders die französische Seite, jenen DPs, die nicht heimkehren wollten, eine Existenzgrundlage in Westeuropa zu verschaffen. Ungeklärt war zu diesem Zeitpunkt auch noch die Zukunft der während des „Dritten Reiches“ aus weltanschaulichen, rassischen und politischen Gründen ins Ausland emigrierten Deutschen.

Zu integrieren galt es weiterhin die vielen Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, von denen die letzten erst im Januar 1956 aus der Sowjetunion zurückkehrten. Nach der Kapitulation war ihre Zahl sprunghaft auf über 10 Millionen angestiegen, doch bis zum Frühjahr 1947 wurden bereits alle bis auf zwei Millionen entlassen. Die ehemaligen Wehrmachtssoldaten litten in alliierter Kriegsgefangenschaft unter Hunger, Kälte, Erschöpfung und Zwangsarbeit. Allein in sowjetischer Gefangenschaft verstarben etwa 1,3 Millionen oder blieben vermisst. Obgleich die Bedingungen in den westlichen Ländern in der Regel besser waren, kamen auch hier Tausende ums Leben. In Frankreich weilten zwischen 1945 und 1948 ca. eine Million ehemalige Wehrmachtssoldaten, deren Anwesenheit auf dem französischen Territorium ein Zeichen für den noch nicht abgeschlossenen Konflikt war. Die meisten von ihnen kehrten schließlich nach Deutschland zurück, nicht wenige blieben jedoch auch nach der Entlassung in Frankreich und suchten sich dort eine Arbeit, auch dies ein Zeichen für eine sich herausbildende Friedenskultur zwischen beiden Gesellschaften<sup>38</sup>.

Die jahrelange Ungewissheit über das Schicksal ehemaliger Wehrmachtangehöriger belastete die deutsche Nachkriegsgesellschaft nachhaltig, weil sie die Leidenserfahrung über den 8. Mai 1945 hinaus verlängerte und das Kriegsende in erfahrungsgeschichtlicher Perspektive hinausschob. Die Rückkehr der Überlebenden sorgte zwar für eine gewisse Beruhigung, doch verlief ihre Integration nicht immer schmerzlos. Viele fanden ein Zuhause vor, das ihnen fremd geworden war. Bezeichnend für diese gefühlte Entwurzelung war das Schicksal von Wolfgang Borcherts Hauptdarsteller Beckmann in „Draußen vor der Tür“ (1947), der nach überstandener Kriegsgefangenschaft zu jenen gehörte, „die nach Hause kommen und die dann doch nicht nach Hause kommen, weil für sie kein Zuhause mehr da ist. Und ihr Zuhause ist dann draußen vor der Tür“.

37 Vgl. JACOBMEYER 1985 [1280].

38 Vgl. COCHET 1999 [1269]; THÉOFILAKIS 2004 [1296]; THÉOFILAKIS 2008 [1297]; THÉOFILAKIS 2008 [903]; OVERMANS 2008 [1288].

## Säuberungen

Säuberungen verbinden in Phasen politischen Umbruchs unmittelbar die anbrechende neue Zeit, hier die Nachkriegszeit, mit der jüngsten Vergangenheit. Das galt in besonderem Maße für die Entnazifizierung in Deutschland, die auf Grundlage des in Potsdam von den Alliierten beschlossenen Minimalkonsenses durchgeführt wurde und das Ziel verfolgte, den Deutschen dauerhaft den „Bazillus des Nationalsozialismus“<sup>39</sup> auszutreiben. Umgehend wurden daher die potenziell gefährlichen Deutschen (hohe Mitglieder von NSDAP, SS, Gestapo, SD, HJ und SA) interniert, politisch belastete Personen aus ihren Ämtern entfernt und die Kriegsverbrecher, soweit sie sich nicht durch Selbstmord der Bestrafung entzogen hatten, vor Gericht gestellt. Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess stand die erste Garde des NS-Regimes vor dem Internationalen Militärgerichtshof, auf den sich Amerikaner, Sowjets, Briten und Franzosen am 8. August 1945 geeinigt hatten. Angeklagt wurden 22 ehemals führende nationalsozialistische Funktionsträger wegen Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und wegen Kriegsverbrechen. Dieses Verfahren besaß eine beispielhafte Aufklärungsfunktion und war – trotz des Vorwurfs der „Siegerjustiz“ und des Verstoßes gegen das Gebot „nullum crimen, nulla poena sine lege“ – präzedenzlos, wurden die Täter in Nürnberg doch ohne Rücksicht auf ihren Rang persönlich für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen. Die während der NS-Gewaltherrschaft verloren gegangenen Zivilisationsstandards sollten wiederhergestellt und Kriegsverbrechen durch Pönalisierung zukünftig eingeschränkt werden. Noch heute stellt die Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher – in zwölf Fällen zum Tode – einen wichtigen Präzedenzfall für die Ächtung neuer Angriffskriege dar<sup>40</sup>.

Zu starken Spannungen zwischen Besatzern und Besetzten führte die bürokratische Handhabung der Entnazifizierung, die von jedem Alliierten in seiner Zone nach seiner Façon durchgeführt wurde<sup>41</sup>. Zur Inkarnation des Unrechts wurde dabei der zuerst in der amerikanischen Zone eingeführte Fragebogen, mit dem die US-Besatzungsmacht die Vergangenheit der Deutschen in ihrer Zone durchleuchten wollte, um im Anschluss über ihre Weiterverwendung zu entscheiden. Fünf Kategorien wurden nach der bis März 1946 durchgeführten Auswertung von immerhin 1,39 Millionen Fragebögen etabliert, nach der sich dann das Strafmaß richtete: (I) Hauptschuldige, (II) Belastete, (III) Minderbelastete, (IV) Mitläufer oder (V) Entlastete. Die Amerikaner beabsichtigten anfänglich eine systematische Entnazifizierung auf Grundlage der Direktive Nr. 1067 JCS (*Joint*

39 ECHTERNKAMP 2003 [395], S. 160.

40 Vgl. WOLFRUM 2003 [182]; WEINKE 2006 [1337]; WIEVIORKA 2006 [1339]; GÖRTEMAKER 2007 [1314].

41 Vgl. VOLLNHALS 1991 [1335]; BORGSTEDT 2001 [1305]; BORGSTEDT 2008 [1309]; VINCENT 2008 [1331].

*Chief of Staff*), doch verfügten sie infolge des ausbrechenden Kalten Krieges weder über die Zeit noch über die erforderlichen finanziellen Mittel. Ab März 1946 wirkten schließlich an den Spruchkammerverfahren auch deutsche Einrichtungen als Laiengerichte mit. Die Franzosen praktizierten ihrerseits eine individuelle und pragmatische Entnazifizierung, zu der sie von Beginn an unbescholtene Deutsche hinzuzogen, so dass sich der Begriff der „Selbstsäuberung“ durchsetzte, um den Prozess in der französischen Besatzungszone zu charakterisieren. Anfänglich fand dieses flexiblere Verfahren bei den Deutschen eine größere Akzeptanz, doch als die Franzosen und die Briten ab Februar 1947 auf die amerikanische Linie einschwenkten, schwärzte sich auch ihr Bild ein<sup>42</sup>. Die Entnazifizierung endete in der Bundesrepublik offiziell im Jahre 1951, doch war dieser Prozess faktisch bereits im Frühjahr 1948 abgeschlossen worden, als der Kalte Krieg neue Prioritäten schuf. In diesen Jahren war es zu mehr als 3,6 Millionen Verfahren gekommen, in denen 1667 Personen als Hauptschuldige, 23 000 als Belastete, 150 425 als Minderbelastete und über eine Million als Mitläufer (95 %) eingestuft wurden.

Vielen Deutschen drängte sich nach diesen Verfahren der Eindruck auf, dass sie die Minderbelasteten und Mitläufer über Gebühr benachteiligten, während die später verhandelten hohen Funktionäre mit gelinderen Strafen davorkamen. Die Entnazifizierung erschien ihnen ungerecht und inexakt, so dass die Verfahren und Prozesse eine Solidarisierung zwischen Mitläufern und immer noch dem Nationalsozialismus anhängenden Personen provozierten<sup>43</sup>. Diese Solidarität dehnte sich schließlich bis hin zu den Opfern des „Dritten Reiches“ aus, die den Angeklagten „Persilscheine“ ausstellten. Aus diesen Gründen wird die Entnazifizierung bisweilen auch als „Mitläuferfabrik“ bezeichnet<sup>44</sup>.

Mag man die Entnazifizierung auch als „Strohfeuer“ bezeichnen, das nicht zu einem tiefgreifenden Austausch der Funktionseliten in Wirtschaft, Justiz, Verwaltung und Erziehungswesen geführt hat, so sollte auch nicht von einem Fehlschlag gesprochen werden. Axel Schildt weist auf die lang andauernde Existenzunsicherheit der Betroffenen hin, die sie in Zukunft in der Regel davon abhielt, sich ein weiteres Mal für dem Nationalsozialismus nahestehende Ideen zu engagieren<sup>45</sup>. Mit ihrem Wohlverhalten erkaufte sie ihre Integration in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft, die ihrerseits diesen Preis zu zahlen bereit war, um die politische Stabilität zu sichern.

Integration stand auch in den allermeisten Fällen am Ende des Entnazifizierungsprozesses in der SBZ/DDR ab Sommer 1947, politisches Wohlverhalten und Engagement für den neuen Staat vorausgesetzt. So waren 1953 mindestens ein

42 Vgl. GROHNERT 1991 [1315]; MÖHLER 1992 [1324].

43 REICHEL 2001 [1240], S. 36.

44 Vgl. NIETHAMMER 1982 [1286]. Der „Mitläufer“ wurde sogar in den Kreis der deutschen Erinnerungsorte aufgenommen; vgl. SCHWAN 2001 [1247].

45 Vgl. SCHILDT 2007 [425], S. 3.

Viertel der Mitglieder der SED ehemals Angehörige der NSDAP oder ihrer Nebenorganisationen gewesen; andere fanden Aufnahme in der NDPD, einem gezielt gegründeten Auffangbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder. Trotz dieser Zahlen war die Säuberung im Osten zweifellos nachhaltiger, war die harte Entnazifizierung sowohl für die Besatzungsmacht als auch für die SED doch der schlagende Beweis für den Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und den vollzogenen antifaschistischen Wandel auf dem Weg in eine sozialistische Zukunft. In diesem Zusammenhang kam der 1935 von der Komintern formulierte Faschismusdefinition eine tragende Rolle zu, erlaubte sie doch in ihrer universellen Dimension eine Vereinnahmung der Vergangenheit zur Legitimation der Gegenwart: „Mit der verbindlichen Deutung des Faschismus als logischer Konsequenz des Imperialismus wurde der Aufbau des Sozialismus zur einzigen konsequenten Fortführung des antifaschistischen Kampfes“, der sich auch gegen die BRD – als „Machtinstrument der gleichen Klassenkräfte, die den Faschismus hervorgebracht haben“ – richten musste<sup>46</sup>.

So war die Entnazifizierung zusammen mit den Bodenreformen und den Enteignungen integraler Bestandteil eines übergeordneten Projekts, das die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzung zum Ziel hatte. Bis zu ihrem Ende im Februar 1948 wurden 520 734 ehemalige Nationalsozialisten entlassen bzw. nicht wieder eingestellt, über 10 000 Angehörige der SS, 2000 der Gestapo und 4300 „politische Führer“ der NSDAP nach offiziellen Angaben der SED angeklagt, insgesamt 12 807 verurteilt, darunter 118 zum Tode<sup>47</sup>. Damit war es zur breiten Auswechslung des verantwortlichen Personals in Justiz, Wirtschaft, Verwaltung und Bildungswesen gekommen. Über 150 000 entnazifizierte Frauen und Männer kamen in eines der zehn „Speziallager“, die dem sowjetischen Geheimdienst unterstanden und wie Buchenwald und Oranienburg ehemalige nationalsozialistische Konzentrationslager waren; Tausende arbeitsfähige Gefangene wurden von hier aus in die UdSSR zur Zwangsarbeit verschleppt. Handelte es sich bei den Insassen in der Anfangszeit zumeist noch um belastete Nationalsozialisten, so dienten die Lager ab 1946 zunehmend der „Sicherung der sowjetischen Machtpolitik in Deutschland“<sup>48</sup>. Verhaftet wurden jetzt im Rahmen der Entnazifizierung tatsächliche oder vermeintliche Kritiker bzw. Oppositionelle, die sich der Sowjetisierung der SBZ entgegenstellten und als „bürgerliche Elemente“ diffamiert wurden<sup>49</sup>.

Setzte die Säuberung in Deutschland – von wenigen Ausnahmen abgesehen – erst mit dem Ende der Kampfhandlungen und dem Eintreffen der Alliierten ein, begann diese in Frankreich bereits vor der *Libération*<sup>50</sup>. Mit der Verordnung des in

46 HEIM 2005 [1316], S. 425.

47 WEBER 2000 [37], S. 10.

48 MÄHLERT 1998 [417], S. 29.

49 Vgl. MEINICKE 1984 [1322]; WELSH 1989 [1338]; WILLE 1993 [1341]; RÖSSLER 1994 [1326]; van MELIS 1999 [1323]; VOGT 2000 [1334].

50 Vgl. HENKE, WOLLER 1991 [1317].